

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth),
Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion der F.D.P.**

– Drucksache 14/5690 –

zu der Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der F.D.P.

– Drucksachen 14/2734, 14/4025 –

Referenzstrecke für den Transrapid

A. Problem

Die Antragsteller streben mit ihrem Antrag an, dass der Deutsche Bundestag begrüßen soll, dass der Transrapid mit dem Bau der Anwendungsstrecke in China seine Fähigkeit als Hochtechnologie-Exportartikel „Made in Germany“ unter Beweis gestellt habe. Der Deutsche Bundestag soll nach dem Entschließungsantrag weiterhin feststellen, dass die Magnetschwebbahntechnik geeignet sei, als schnelles, leistungsfähiges und umweltfreundliches Verkehrssystem im Regionalverkehr und im Fernverkehr deutschland- und europaweit etabliert zu werden und dass die Notwendigkeit des Erhalts der Transrapid-Versuchsstrecke in Lathen/Ems über den 30. Juni 2002 gesehen werde. Die Durchführung der Machbarkeitsuntersuchungen für die Regionalstrecken München Hauptbahnhof-Flughafen Franz-Joseph-Strauß und „Metrorapid“ in Nordrhein-Westfalen soll beschleunigt werden. Schließlich soll der Transrapid in die Bundesverkehrswegeplanung einbezogen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/5690 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Georg Brunnhuber
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Georg Brunnhuber

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 161. Sitzung am 29. März 2001 die Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2734, 14/4025 – Referenzstrecke für den Transrapid – beraten und in dieser Sitzung den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/5690 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ziel des Antrags ist es u. a., dass es der Deutsche Bundestag begrüßt, dass der Transrapid mit dem Bau der Anwendungsstrecke in China seine Fähigkeit als deutscher Hochtechnologie-Exportartikel unter Beweis gestellt hat. Er soll weiterhin feststellen, dass die Magnetschwebbahntechnik geeignet sei, als schnelles, leistungsfähiges und umweltfreundliches Verkehrssystem im Regionalverkehr und im Fernverkehr deutschland- und europaweit etabliert zu werden und dass der Erhalt der Transrapid-Versuchsstrecke in Lathen im Emsland über den 30. Juni 2002 notwendig sei. Nach dem Antrag soll die Durchführung der Machbarkeitsuntersuchungen für die Regionalstrecken München Hauptbahnhof-Flughafen Franz-Joseph-Strauß und „Metrorapid“ in Nordrhein-Westfalen beschleunigt und der Transrapid in die Bundesverkehrswegeplanung einbezogen werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Ablehnung des Entschließungsantrags. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 71. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., die Ablehnung der Vorlage. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 9. Mai 2001 die Vorlage beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 61. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten.

Er hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Die Fraktion der SPD erklärte, man spreche sich zwar dafür aus, dass die Versuchsstrecke in Lathen/Emsland weiter betrieben werde, darüber sei aber erst im Rahmen der Beratung des Bundeshaushaltes zu entscheiden. Bezüglich Machbarkeitsstudien für die Strecken in Nordrhein-Westfalen und Bayern führte man aus, es gebe zu diesen Strecken noch keine Entscheidung. Diese könne erst getroffen werden, wenn ausreichende Erkenntnisse vorlägen. Deshalb lehne man den Antrag der Fraktion der F.D.P. ab. Man lege Wert auf die Feststellung, dass man sich nie gegen die Transrapid-Technik als solche ausgesprochen habe, was sich auch daran zeige, dass man den Export dieser Technik fördere.

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, Voruntersuchungen hätten ergeben, dass die beiden Alternativstrecken, die nun geprüft würden, erheblich teurer würden als die Strecke Hamburg–Berlin. Experten seien der Auffassung, dass die Strecke Hamburg–Berlin im Vergleich zu allen diskutierten Projekten immer noch mit Abstand die sinnvollste und wirtschaftlichste Alternative darstelle. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei auch gar nicht bereit, an alternativen Anwendungsprojekten für den Transrapid mitzuwirken. Die Fraktion der CDU/CSU sei bereit, jedes nationale oder internationale Anwendungsprojekt für den Transrapid zu fördern und sei uneingeschränkt für die Anwendung der Transrapid-Technologie in Deutschland.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnte den Antrag der Fraktion der F.D.P. ab und erklärte, in Bezug auf die Transrapid-Projekte in Nordrhein-Westfalen und Bayern sei es vor allem wichtig, dass die vorgesehenen Machbarkeitsstudien seriös erstellt würden und nicht, dass deren Erstellung – wie in dem Antrag der Fraktion der F.D.P. gefordert – beschleunigt werde. Wenn die Machbarkeitsstudien 2002 vorlägen, sei eine Entscheidung zu treffen.

Die Fraktion der F.D.P. erklärte, es bestehe die Gefahr, dass man mit leeren Händen dastehe, wenn man jetzt den Bau der Strecke Hamburg–Berlin aufgebe und auch keines der beiden Transrapid-Projekte in Bayern und Nordrhein-Westfalen realisiere. Man bezweifle, dass eine Entscheidung über die weitere Finanzierung der Versuchsstrecke in Lathen im Rahmen der Haushaltsberatungen fallen werde. Man habe einen Entschließungsantrag eingebracht, damit darüber unverzüglich eine verbindliche Entscheidung getroffen werde. Die Versuchsstrecke in Lathen sei auch zur Vervollkommenheit der Technik, die für die Strecke in China benötigt werde, erforderlich.

Die Fraktion der PDS führte aus, bei allen Debatten über den Transrapid sei klar gewesen, dass dieses System seine Vorzüge nur auf weiten Strecken zeigen könne und es primär eine Konkurrenz zum Flugzeug und zu Hochgeschwindigkeitsbahnen darstelle. Dazu stehe im Widerspruch, dass nun Nahverkehrsprojekte in Bayern und Nordrhein-Westfalen geprüft würden. Das Projekt in China sei im Grunde eine mit deutschen Steuergeldern geförderte Referenz-

strecke für den Transrapid im Ausland. Verkehrspolitisch biete diese Strecke keine Vorteile. Man sei skeptisch, dass sich daraus ein größeres Projekt ergebe und es sei gut, dass ein solches Projekt jedenfalls in Deutschland nicht geplant sei.

Berlin, den 20. Juni 2001

Georg Brunnhuber
Berichterstatter